

ÄNDERUNG ODER EINSTELLUNG EINES REFERENZWERTS

Seit dem 1.1.2018 ist die EU-Benchmark-Verordnung (Verordnung (EU) 2016/1011, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32016R1011>) in Kraft. Ziel der Benchmark-Verordnung ist es, dass die in der EU bereitgestellten und verwendeten Referenzwerte robust, zuverlässig und repräsentativ sind, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten und einen hohen Verbraucher- und Anlegerschutz sicherzustellen.

Unter anderem verpflichtet die Benchmark-Verordnung Banken, robuste schriftliche Pläne aufzustellen, die beschreiben, wie die Bank vorgeht, wenn sich ein Referenzwert wesentlich ändert oder nicht mehr bereitgestellt wird. Die Banken verfügen derzeit schon über solche robuste Notfallpläne.

Die Benchmark-Verordnung wurde zuletzt mit der Verordnung (EU) 2021/168 mit Wirksamkeit ab 13.2.2021 geändert (siehe die konsolidierte Version [hier](#)): Die Europäische Kommission erhielt das Recht, kritische Referenzwerte in besonderen Fällen („Ersatzereignis“), insbesondere im Falle der Einstellung ihrer Veröffentlichung, mittels Unionsrecht zu ersetzen.

Als Ihre kreditgebende Bank ist es uns ein Anliegen, dass bei Entfall des Referenzwertes ein Ersatzreferenzwert zur Anwendung kommt, der diesem Referenzwert wirtschaftlich am nächsten kommt und die Anforderung der Benchmark-Verordnung erfüllt. Welcher Ersatzreferenzwert dies in Zukunft ist, kann derzeit vertraglich nicht sinnvoll geregelt werden, weil die wirtschaftlichen und sonstigen Folgen eines Ersatzereignisses vorweg nicht hinreichend präzise vorhergesagt werden können.

Zu einem **Ersatzereignis** kommt es,

- wenn der Administrator des Referenzwerts oder die für den Administrator des Referenzwerts zuständige Aufsichtsbehörde oder eine in deren Namen handelnde Person öffentlich bekanntgegeben hat, dass die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit beendet wird;
- wenn der Referenzwert dauerhaft nicht mehr veröffentlicht wird;
- wenn die für den Administrator des Referenzwerts zuständige Aufsichtsbehörde oder eine mit Befugnissen in Bezug auf die Insolvenz oder Abwicklung des Administrators ausgestattete Einrichtung öffentlich bekanntgegeben hat, dass der Referenzwert aus ihrer Sicht nicht mehr repräsentativ (für den zugrunde liegenden Markt oder die zugrunde liegende wirtschaftliche Realität ist und die Repräsentativität des Referenzwerts auch nicht wiederhergestellt wird);
- wenn die Verwendung des Referenzwerts für die kreditgebende Bank oder den Kunden aus irgendeinem Grund rechtswidrig geworden ist oder der kreditgebenden Bank bzw. dem Kunden die Verwendung des Referenzwerts anderweitig untersagt wird;
- wenn dem Administrator des Referenzwerts die Zulassung entzogen oder diese ausgesetzt wird oder
- wenn der Administrator des Referenzwerts insolvent ist oder ein Insolvenzverfahren über dessen Vermögen eröffnet wird.

Wenn ein Ersatzereignis eintritt, kommt folgende Vorgehensweise zur Anwendung:

1. Wird auf europäischer Ebene auf Grundlage der Benchmark-Verordnung oder sonst auf nationaler Ebene ein Ersatzreferenzwert vorgegeben (wie dies bei häufig verwendeten Referenzwerten zu erwarten und bereits in der Vergangenheit geschehen ist), erfolgt die Anwendung des Ersatzreferenzwertes ab dem im entsprechenden Rechtsakt festgelegten Zeitpunkt.
2. Sollte keine Festsetzung des Ersatzreferenzwertes durch einen österreichischen oder EU-Gesetzgeber erfolgen, so wird ersatzweise jener Ersatzreferenzwert heranzuziehen sein, den der Administrator, der den Referenzwert veröffentlicht, als Ersatzreferenzwert bestimmt.
3. Wenn der Administrator keinen Ersatzreferenzwert bestimmt, dann wird der Ersatzreferenzwert heranzuziehen sein, den die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde oder die Europäische Zentralbank oder die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde – sofern eine dieser Aufsichtsbehörden dazu berechtigt ist – bestimmt.
4. Wenn die in Punkt 3 genannten Aufsichtsbehörden keinen Ersatzreferenzwert bestimmen, wird nach unserer, der Überprüfung durch die Gerichte unterliegenden Rechtsansicht ersatzweise jener Referenzwert heranzuziehen sein, der unter Berücksichtigung aller Umstände für die Anpassung der Zinssätze im Sinne der im Kreditvertrag getroffenen Vereinbarungen am besten geeignet ist.

- Um die Kontinuität von Verträgen aufrechtzuerhalten und mögliche Verzerrungen im Vertragsverhältnis zu vermeiden, wird bei den vorstehenden Maßnahmen erforderlichenfalls ein „Adjustment Spread“ (dh ein Auf- oder Abschlag) auf den Ersatzreferenzwert anzuwenden sein. Der Adjustment Spread ist keine kommerzielle Marge, sondern dient dazu bei einem notwendigen Umstieg auf den Ersatzreferenzwert, die Kontinuität der vereinbarten Zinskonditionen Ihres Kredits zu bewahren, das heißt den Ersatzreferenzwert an den ursprünglich vereinbarten Referenzwert möglichst anzugleichen.

Darstellung der Methoden zur Bestimmung eines Ersatzreferenzwertes

Der Ersatzreferenzwert für 3 Monats-Euribor wird in zwei Schritten ermittelt. In einem ersten Schritt wird ein auf €STR basierender Zinssatz ermittelt, welcher sich wie der 3Monats-Euribor auf eine Zinsperiode von 3 Monaten bezieht. Eine Anpassung bzgl. des €STR ist erforderlich, weil die €STR-Zinsrate eine Zinsrate für kurzfristige Einlagen ist. Die auf eine Zinsperiode von 3 Monaten angepasste Zinsrate wird auch als Term-Adjusted Rate bezeichnet. Wüstenrot wird im Falle eines Wegfalls des 3Monats-Euribor eine sogenannte „Forward-Looking“-Zinsrate auf €STR-Basis verwenden, die einen Zinssatz für eine dreimonatige Zinsperiode darstellt und auf €STR beruht. Der Zinssatz heißt „Forward-Looking“, weil diese Zinsrate bereits vor Beginn der Zinsperiode bekannt ist. Sind entsprechende „Forward-Looking“-Zinsraten für eine 3 Monats-Periode nach einem Wegfall des 3 Monats-Euribor auch zum Zeitpunkt der Zinsfestlegung für einen variabel verzinsten Kredit noch nicht verfügbar, so wird stattdessen ein Zinssatz für eine dreimonatige Zinsperiode auf Basis der vergangenen dreimonatigen Periode vor dem Termin der Festlegung des alternativen Referenzzinssatzes ermittelt („Last-Reset“). Dazu wird die Verzinsung einer täglich mit €STR verzinsten Einlage unter Berücksichtigung des Zinseszineffektes über einen dreimonatigen Zeitpunkt betrachtet und daraus eine Zinsrate für diese 3 Monats-Periode (unter Verwendung einer Actual/360-Tageszählkonvention) bestimmt. Entsprechende Zinsraten werden auch von der EZB für €STR ermittelt und sind im Statistical Data Warehouse der EZB verfügbar.

Der 3 Monats-Euribor berücksichtigt im Unterschied zu einer €STR-Zinsrate unter anderem die Kreditwürdigkeit von Banken im Interbanken-Geldmarkt. Um eine Zinsrate zu erhalten, die dem ursprünglichen Referenzwert möglichst nahe kommt, wird deswegen als zweiter Schritt eine weitere Anpassung vorgenommen. Diese Anpassung wird als „Spread Adjustment“ bezeichnet. Damit diese Anpassung nicht durch kurzfristig auftretende Schwankungen verzerrt wird, wird das Spread Adjustment auf einem Zeitraum von fünf Jahren ermittelt. Dabei wird für jeden Bankgeschäftstag innerhalb dieser Periode die Differenz zwischen 3 Monats-Euribor und der oben beschriebenen Term-Adjusted-Zinsrate berechnet und anschließend von den so erhaltenen Werten der Median verwendet. Die fünfjährige Periode wird so gewählt, dass innerhalb dieser Periode sowohl der 3 Monats-Euribor als auch die TermAdjusted-Zinsrate verfügbar sind bzw. ermittelt werden können und das Ende der fünfjährigen Periode möglichst aktuelle Werte berücksichtigt. Das Spread Adjustment wird nach einem Wegfall des 3 Monats-Euribor fixiert und nicht mehr weiter angepasst.

Anwendung des Ersatzreferenzwertes

Die Anwendung des relevanten Ersatzreferenzwertes erfolgt, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt wird, ab dem Zeitpunkt, ab dem der betroffene (alte) Referenzwert tatsächlich nicht mehr veröffentlicht wird, eine wesentliche Änderung erfährt oder als nicht mehr repräsentativ gilt.

Alle betroffenen Kunden werden über den Umstand der Einstellung der Veröffentlichung, der erheblichen Änderung bzw. des Nicht-Repräsentativ-Werdens des betroffenen Referenzwertes und über den sich daraus ergebenden Nachfolgezinsatz informiert.

Bei kurzfristigem Ausfall des Ersatzreferenzwertes erfolgt der Kontoabschluss mit dem letzten verfügbaren Wert, sollte vertraglich keine andere Vereinbarung getroffen worden sein.

EURIBOR:

In vielen Verträgen ist ein EURIBOR-Zinssatz als Referenzwert vereinbart. Derzeit wird auf europäischer Ebene erhoben, welcher Referenzwert ein geeigneter Ersatzreferenzwert für den EURIBOR sein könnte. Hierfür wurde auch eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Working Group on Euro Risk-Free Rates. Als geeigneter Ersatzreferenzwert des EURIBOR wird derzeit die euro short-termrate (€STR) vorgeschlagen, wobei hierzu bestimmte relevante Berechnungsmethoden und sonstige relevante Informationen derzeit von der Arbeitsgruppe noch ausgearbeitet werden.

Die FMA sieht die Empfehlungen der Working Group on Euro Risk-Free Rates (für allgemeine Information siehe **Working group on euro risk-free rates (europa.eu)**) als robuste Notfallpläne an. Diese wurden auch in unserem Notfallplan berücksichtigt.